



Haushaltsrede 2016

STADTRATSFRAKTION "MEIN GREVENBROICH"

MARTINA SUERMANN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

Ich möchte nicht wiederholen, was meine Vorredner zu den Zahlen bereits gesagt haben. Ein Jahresergebnis 2016 in Höhe von -42.2 Mio. Euro zwingt uns allerdings den Blick auf die kommunalen Finanzen noch mehr zu schärfen und uns einzugestehen: Wir leben massiv von unserer Substanz.

Das Eigenkapital unserer Stadt sinkt aufgrund der hohen Jahresfehlbeträge immens. Um Haushaltslöcher zu stopfen, wurde in der Vergangenheit zu oft versucht, eher kurzfristige Einnahmequellen anzuzapfen. Der Blick zurück bringt uns an dieser Stelle jedoch nicht weiter. Es wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen, ob das Herumdoktern an den Symptomen mit Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen, nunmehr ein Ende haben wird und stattdessen langfristige Strategien entwickelt werden, die Wettbewerbsfähigkeit Grevenbroich gegenüber anderen Mittelstädten zu sichern.

Um strategische Entscheidungen treffen zu können, bedarf es einer soliden Grundlage und verlässlicher Zahlen. Wir treffen leider, wie schon in der Vergangenheit, auch für das kommende Haushaltsjahr Entscheidungen auf Grundlage von Annahmen, nicht auf Basis eindeutiger Rechnungsergebnisse.

Schon seit 2010 ist ein Gesamtabschluss für Stadt und Beteiligungsbetriebe verpflichtend.

Heute haben wir den Entwurf des Gesamtabschlusses für **2010** zur Kenntnis genommen und ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen, - wir entscheiden aber auch über den Haushaltsentwurf **2016**. Wie schon in den zurückliegenden Jahren reichen die vorliegenden Zahlen nicht aus, um die aktuelle Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage in der Gesamtheit abzubilden und eine realistische Bewertung des „Unternehmens Stadt“ vornehmen zu können.

Die Beschlüsse und Ausführungen des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschuss Herrn Dr. Peter Cremerius in der heutigen Sitzung lassen jedoch die Hoffnung aufkeimen, hier zukünftig zu einer verbesserten Grundlage zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen, dass sich alle Fraktionen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der zwingenden Notwendigkeit der Förderung von Familien insgesamt gegen eine Erhöhung der KITA-Gebühren ausgesprochen haben und die Verwaltung Alternativen zur Gegenfinanzierung vorlegt.

Erfreulich ist auch, dass sich alle Fraktionen für ein interkommunales Beschaffungswesen zur Kostenreduzierung ausgesprochen haben, um somit erhebliche Kosten im städtischen Haushalt einzusparen. Mit einem interkommunalen Beschaffungswesen ist es aber nicht getan, der Betrieb des Personalamtes in interkommunaler Kooperation ist in diesem Zusammenhang ebenso zu überprüfen, wie Möglichkeiten in den Bereichen des Datenschutzes, des Gebäudemanagements, der Ordnungsämter, etc.pp.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Flüchtlingsströme, die Deutschland erreichen, werden uns in den nächsten Jahren in allen Lebensbereichen tangieren und sich verschärfend auf die Sozial- und Personalkosten unserer Stadt auswirken.

Bei aller Hoffnung und Zuversicht, dass ein Teil der Geflüchteten langfristig einen Beitrag zur Abschwächung der Folgen des demografischen Wandels leisten können, am Anfang kostet die Unterbringung, Verpflegung und Integration viel Geld.

Die Kosten werden derzeit nur zu einem Teil durch Bund und Land gedeckt und gerade diese Problematik zeigt, wie wenig das Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern und den Kommunen eingehalten wird.

Selbstverständlich müssen die geflüchteten Menschen in unserer Stadt gut und sicher untergebracht werden. Es kann aber nicht sein, dass Städte und Gemeinden in ohnehin in finanziellen schwierigen Haushaltslagen, den überwiegenden Teil der Lasten zu bewältigen haben und gleichzeitig erwartet wird, dass Sanierungspläne und Haushaltssicherungskonzepte eingehalten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zuletzt steigen auch die Kosten der Stadt für die Hilfen zur Erziehung, die Kita-Ausgaben und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

Auch beim Thema Inklusion an Schulen beteiligt sich das Land insgesamt zu wenig an den hohen Kosten für die Umsetzung.

All das sind unkalkulierbare Ausgaben, die unseren städtischen Haushalt belasten und- **all das ist nicht hausgemacht!**

Zudem stehen wir auf der Einnahmeseite vor erheblichen Risiken für die Haushaltsführung:

Denken wir an die jüngsten Pläne von RWE Konzern-Chef Tertium, die zu einer Aufspaltung des Konzerns führen sollen. Das Ökostrom-Geschäft, das stabile Netzgeschäft und das Vertriebsgeschäft sollen in einer neuen Gesellschaft aufgehen, **welche dank treuer Stromkunden hohe Gewinne abwirft.**

Die **RWE AG behält alle Problemgeschäfte**, wie die Stromerzeugung aus Kohle und Gas, die Atommeiler, zudem das Handelsgeschäft. Weiterhin sollen Atomrückstellungen in Höhe von zehn Milliarden Euro in der RWE AG verbleiben. Die negativen Folgen für die Arbeitsplätze sind ebenso wenig absehbar, wie die Auswirkungen auf einen geordneten Strukturwandel.

Müssen wir am Ende wohlmöglich davon ausgehen, dass RWE sich hier aus der Verantwortung für unseren Standort und die Region entziehen wird?

Noch vor wenigen Wochen haben wir uns mit vielen tausenden Mitarbeitern des Konzerns solidarisch gezeigt, im Wissen, dass die Kraftwerke vor Ort zu den großen CO2-Emitenten zählen.

Wir haben an der Seite der Belegschaft für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Existenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien gekämpft.

Dass RWE es in den zurückliegenden Jahren versäumt hat, in regenerative Energien zu investieren, um damit nicht nur neue Perspektiven, eine bessere Umweltbilanz und zukunftsfeste Arbeitsplätze zu schaffen, ist nicht neu.

Doch zu wessen Lasten geht dieses Versäumnis?

Wo bleibt die Verantwortung des Konzerns für die Kumpel und deren Familien, für die Kommunen und die Bevölkerung, die über Jahrzehnte den Dreck geschluckt haben, während das Unternehmen enorm viel Kohle mit der Kohle gemacht hat.

Die Aufspaltung ist für uns kein Zukunftskonzept, sondern der traurige Versuch, sich eine weiße Weste zu verschaffen und die schmutzige Arbeitskleidung ungewaschen in den Spind zu hängen,- auf dass sich jemand anders darum kümmert.

Uns hat der sog. Kompromiss zwischen Bundesregierung und Unternehmen für das Abschalten von Braunkohleblöcken in Frimmersdorf und Neurath gereicht, hat er allein genommen schon erheblichen negative Auswirkungen in puncto Gewerbesteuer und anteilige Einkommensteuer für unsere Stadt. Die jetzt vorliegenden Pläne des Konzerns sind für uns allerdings unverantwortlich.

Leider hat auch der **Konzern Stadt** über Jahre die Augen vor den Zeichen der Zeit verschlossen.

Wir sind immer noch in zu hohem Maße abhängig von der Großindustrie, weil über viele Jahre versäumt wurde, einen kontinuierlichen Strukturwandel hin zur Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen und Dienstleister auf den Weg zu bringen, um die Steuerlasten auf viele Schultern zu verteilen.

Hinzu kommen fehlende Gewerbeflächen zur Ansiedlung innovativer Unternehmen.

Zusammengenommen müssen wir vor dem Hintergrund der geschilderten Daten, Zahlen und Fakten leider befürchten, dass der Haushaltsausgleich, trotz des im Jahr 2014 aufgestellten Sanierungsplans, im Jahr 2024 aus eigener Kraft und mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu erreichen ist.

Das heißt aber nicht, dass sich Grevenbroich nun seinem Schicksal ergeben darf. Überall dort, wo die schlechte Finanzlage hausgemacht ist, müssen wir konsequent handeln.

Bei der Umstrukturierung der WGV muss jedwede vorgeschlagene Lösung ohne politische Ideologien diskutiert, fraktionsübergreifend beraten und im Sinne der Stadt entschieden werden. Dabei müssen Schnellschüsse vermieden und jede zusätzliche Information und Beratung genutzt werden.

Die desolate Haushaltsslage darf uns auch in Zukunft nicht dazu verleiten, Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B zu erhöhen, langfristig verlieren wir dadurch an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Mittelstädten.

Jede Steuererhöhung ist gegen einen zielgerichteten Strukturwandel zur Ansiedlung von klein- und mittelständischen Unternehmen und Dienstleistern gerichtet und hat enorme negative Folgen, auch für die gemeinsame Erschließung interkommunaler Gewerbeflächen mit den Nachbarstädten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den größten Ausgabenpositionen im städtischen Haushalt gehören die Transferleistungen in Form der Kreisumlage an den Rheinkreis Neuss, aber auch der „Fond deutsche Einheit“ und der „Kommunal-Soli“.

Der Landrat des RheinKreises Neuss ist gesetzlich verpflichtet, über das Umlagesystem für einen ausgeglichenen Kreishaushalt zu sorgen. Er hat aber auch die Pflicht, gemeinsam mit den **Kreistagsabgeordneten aller Parteien**, jede Ausgabe und jede freiwillige Leistung des Kreises auf den Prüfstand zu stellen.

Teure Prestigeobjekte darf sich der Rheinkreis Neuss nicht leisten, insbesondere, wenn die kreisangehörigen Städte und Gemeinden dafür durch die Kreisumlage mit zur Kasse gebeten werden. Wir erwarten hier einen ebenso eindeutigen Sparwillen, wie der Kreis es als Kommunalaufsicht auch von uns fordert.

Am Ende sind wir der Auffassung, dass auch wir als Rat unseren Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen zu leisten haben.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 10 % für kommunale Mandatsträger durch Änderung der Entschädigungsverordnung ab 01.01.2016 ab. Die Belastungen für den kommunalen Haushalt sind vor dem Hintergrund der Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht zu verantworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, leider müssen wir am Ende bei allen zurecht abverlangten Sparzwängen feststellen, dass es ohne eine komplette Neuordnung der kommunalen Finanzen durch Land und Bund aus eigener Kraft nicht gelingen wird, zu ausgeglichenen Finanzen in zu kommen.

Deshalb appellieren wir mit Nachdruck an die Vertreterinnen und Vertreter in Land und Bund sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass es in unserer Heimatstadt Grevenbroich weitergeht - nicht mit dem Schuldenmachen sondern mit der Entwicklung unserer Stadt.

Wir erwarten von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen, dass Sie die Verwaltung aus dem Reaktions- in den Aktionsmodus führen, dass Verwaltungsreformen greifen und die Verwaltung insgesamt zu einem bürgerfreundlichen und effizienten Dienstleistungsunternehmen umgestaltet wird.

Wir erwarten umsetzbare Ideen, Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der politischen Akteure.

Gleichzeitig dürfen Sie von uns erwarten, dass wir Sie unterstützen, wenn Projekte, die für die Zukunft unserer Stadt von Bedeutung sind, auf den Weg gebracht werden sollen.

Wir brauchen Planungssicherheit für unsere Vereine, die großartige gesellschaftliche Arbeit leisten, für Institutionen und ganz besonders für die Bürgerinnen und Bürger Grevenbroichs.

Deshalb werden wir trotz aller Unwägbarkeiten auch im Jahr 2016 Verantwortung dafür übernehmen, dass unsere Stadt vorankommt und dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken und wünsche Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!